

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Eva Viehoff, Meta Janssen-Kucz und Volker Bajus (GRÜNE)

Zur Situation von ukrainischen, belarussischen und russischen Studierenden in Niedersachsen: Welche Formen der Unterstützung plant die Landesregierung?

Anfrage der Abgeordneten Eva Viehoff, Meta Janssen-Kucz und Volker Bajus (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 01.03.2022

Der Krieg in der Ukraine kann für viele ukrainische Studierende in Niedersachsen zu finanziellen Existenzproblemen führen, wenn sie auf Unterhaltszahlungen von zuhause angewiesen sind. Darüber hinaus hat der SWIFT-Ausschluss russischer Banken aktuell, am 28.02.2022, laut *FAZ* dazu geführt, dass der Rubel gegenüber dem Dollar zeitweise 42 % an Wert verloren hat. Dieser Wertverlust kann für russische Gaststudierende, die von Unterhaltszahlungen aus dem Heimatland abhängig sind, zu gleichen finanziellen Existenznöten führen.

Da die EU laut „Tagesschau“ vom 28.02.2022 möglicherweise auch belarussische Banken von SWIFT ausschließen wird, könnten belarussische Studierende an niedersächsischen Hochschulen ähnliche finanzielle Auswirkungen erfahren.

1. Wie viele ukrainische, belarussische sowie russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger studieren an niedersächsischen Hochschulen (bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und Zahl der Studierenden)?
2. Wie viele dieser Studierenden sind auf Hilfszahlungen aus ihren Heimatländern angewiesen (bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und Zahl der auf Hilfszahlungen aus Heimatländern Angewiesenen)?
3. Was unternimmt die Landesregierung, um diese Studierenden zu unterstützen (bitte aufschlüsseln nach Art der Maßnahme und Maßnahmenstart)?